3. Änderung der Satzung des Kreises Herzogtum Lauenburg über die Anerkennung der notwendigen Kosten für die Schülerbeförderung vom 28. April 2004, geändert am 15. November 2004 und 16. März 2006:

Aufgrund des § 4 der Kreisordnung für Schleswig-Holstein (in der Fassung vom 28.02.2003, GVOBl. 2003, S. 94, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.2006, GVOBl. S. 285) sowie des § 114 Absatz 2 Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz (Schulgesetz – SchulG) verkündet als Artikel 1 des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Schleswig-Holstein vom 24. Januar 2007 (GVOBl. S. 39) wird nach der Beschlussfassung des Kreistages vom 14.06.2007 folgende 3. Änderung der Satzung des Kreises Herzogtum Lauenburg über die Anerkennung der notwendigen Kosten für die Schülerbeförderung vom 28.04.2004 (Amtl. Kreisblatt Nr. 16 vom 05.05.2004, Seiten 39 ff), geändert am 15.11.2004 (Amtl. Kreisblatt Nr. 49 vom 01.12.2004, Seite 104) und am 16.03.2006 (Amtl. Kreisblatt Nr. 12/13 vom 29.03.2006, Seite 27), erlassen:

I.

§ 1 Grundsatz für die Kostenerstattung

- (1) Diese Satzung regelt die Kostenerstattung für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Grundschulen, der Jahrgangsstufen 5-10 der weiterführenden allgemein bildenden Schulen sowie der Förderzentren mit Wohnsitz im Kreis Herzogtum Lauenburg zwischen der Wohnung (§ 2 Abs. 8 SchulG) und der nächstgelegenen Schule der jeweiligen Schulart (§ 114 Abs. 2 SchulG) im Zweifel maximal bis zur zuständigen Schule nach § 24 Abs. 1,2,3 SchulG.
- (3) Bei einem Schulbesuch von Schülerinnen und Schülern mit Wohnsitz im Kreis und einer Schule mit Sitz außerhalb von Schleswig-Holstein werden nur die Kosten von der Wohnung bis zur nächstgelegenen Schule der jeweiligen Schulart (§ 114 Abs. 2 SchulG) im Zweifel maximal bis zur zuständigen Schule nach § 24 Abs. 1,2,3 SchulG übernommen.
- (4) Bei einem Schulbesuch von Schülerinnen und Schülern mit Wohnsitz im Kreis und einer Schule, bei der es sich nicht um die nächstgelegene oder zuständige Schule i. S. d. § 1 Abs. 1 dieser Satzung handelt, werden die Beförderungskosten bis zu einer Höhe übernommen, wie sie zur zuständigen Schule der jeweiligen Schulart entstehen würden. Voraussetzung ist der Erwerb einer entsprechenden Schülerzeitkarte (es werden keine anteiligen Pkw-Kosten übernommen). Es besteht kein Anspruch auf Einrichtung eines entsprechenden ÖPNV-Angebotes.
- (5) Beförderungskosten im Rahmen der offenen Ganztagschule werden nur von bzw. zu dem Schul-/Außenstellenstandort übernommen, an dem auch der Regelunterricht stattfindet. Ist dieses nicht der Fall, besteht auch kein Anspruch auf Einrichtung eines entsprechenden ÖPNV-Angebotes.
- (6) Diese Satzung begründet keine Rechtsansprüche von Dritten (§ 136 SchulG).

II.

§ 3 Schulweg

- (1) Der Schulweg ist der kürzeste verkehrsübliche Weg zwischen einem oder mehreren zentralen Punkten des Wohnortes der Schülerin oder des Schülers und der nächstgelegenen bzw. zuständigen Schule i. S. d. § 1 Abs. 1 dieser Satzung. Der oder die zentralen Punkte des Wohnortes werden vom Schulträger nach Anhörung der Wohnsitzgemeinde und Zustimmung des Kreises festgelegt.

III.

§ 4 Beförderungsarten

- (2) Der Träger der Schülerbeförderung bestimmt vorbehaltlich des § 114 Abs. 5 SchulG die zweckmäßigste Beförderungsart unter Berücksichtigung der Zumutbarkeit für die Schülerinnen und Schüler, der Interessen des Gesamtverkehrs und der Wirtschaftlichkeit. Im Regelfall sind die Verkehrsmittel nach der in Absatz 1 a bis d zum Ausdruck kommenden Rangfolge zu benutzen.

IV.

§ 5 Öffentliche Verkehrsmittel

- (1) Die anteilige Kostenübernahme erfolgt ab Berechtigungsbeginn, frühestens jedoch ab dem Zeitpunkt der Antragstellung für die Beförderung in öffentlichen Verkehrsmitteln vom Wohnort bis zu einem vom Träger der Schülerbeförderung zu bestimmenden Haltepunkt am Schulort. Eine Kostenerstattung für die Benutzung weiterer öffentlicher Verkehrsmittel am Schulort erfolgt nur in Ausnahmefällen mit Einwilligung des Trägers der Schülerbeförderung.
- (2) Schulanfangs- und Schulschlusszeiten sollen mit den Fahrzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel abgestimmt werden.
- (3) Wird von Seiten des Schulträgers bzw. der Schulen in Ausnahmefällen von den regulären mit dem Fahrplan abgestimmten Schulanfangs- und Schulschlusszeiten abgewichen z.B. aufgrund von Schulausflügen oder vorzeitigem Schulschluss (letzter Schultag vor Ferienbeginn, Zeugnisausgabe etc.), erfolgt eine Zu- und Abbestellung dieser Fahrten durch den Schulträger direkt beim zuständigen Verkehrsunternehmen. Eventuell entstehende Mehrkosten werden vom Schulträger getragen und direkt mit dem Verkehrsunternehmen abgerechnet.

V.

§ 6 Freigestellter Verkehr

- (2) Die Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder Schüleronderlinienverkehr ist in der Regel nicht zumutbar, wenn
 - a) regelmäßige Gesamtwarezeiten (zwischen Schulbeginn / -ende und Busankunft / -abfahrt) von mehr als
 - 30 Minuten vor Unterrichtsbeginn oder 60 Minuten nach Unterrichtsschluss für Schülerinnen und Schüler der Grundschulen und Förderzentren (bis zur Klassenstufe 4)
 - 60 Minuten vor Unterrichtsbeginn oder 60 Minuten nach Unterrichtsschluss für die übrigen Schülerinnen und Schüler entstehen, ohne dass ein beaufsichtigter Aufenthaltsraum zur Verfügung steht oder
 - b) der Weg von der Wohnung zur Haltestelle oder von der Haltestelle am Schulort zur Schule die einfache Entfernung von
 - 1,5 Km für Schülerinnen und Schüler bis zur Klassenstufe 4
 - 3,0 Km im Übrigen (bis Klassenstufe 10)überschreitet.

VI.

§ 9 Eigenbeteiligung

- (1) Die prozentuale Eigenbeteiligung für Schülerfahrkarten wird entsprechend den Vorgaben in § 114 Abs. 2 SchulG festgelegt.
- (2) Die Eigenbeteiligung findet auf folgende Tarife Anwendung:
 - Tarif des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV)
 - Schleswig-Holstein Tarif (SH)
 - Tarif der Stadtwerke Lübeck (SL)
 - Dahmetal Haustarif für Fahrten aus den Gemeinden Kastorf, Bliestorf, Grinau und Groß Schenkenberg in die Kernzone Lübecks.
- (3) Die Höhe der prozentualen Eigenbeteiligung für nachfolgende Fahrkarten/Tarife wird wie folgt festgelegt:

Fahrkartenart	Prozentuale Eigenbeteiligung	Prozentuale Eigenbeteiligung
	Grundschüler	Jahrgangsstufen 5 - 10
HVV - 1 Zone	30 %	30 %
HVV - 2 Zonen	30 %	30 %
HVV - Kreiskarte	30 %	30 %
HVV - Großbereich	30 %	31 %
HVV - Gesamtbereich	30 %	31 %
SH-Tarif	30 %	30 %
SL-Tarif	30 %	34 %
Dahmetal-Tarif	30 %	30 %

- (4) Die Ausgabe der Fahrkarten im HVV- und SL-Tarif erfolgt für 12 Monate. Im SH-Tarif und Dahmetal-Haustarif erfolgt die Ausgabe der Fahrkarten tagesscharf, d.h. in Monats-, Wochen- und Einzelfahrkarten, insgesamt für ca. 10 Monate. Bei einer Rückgabe der HVV-Karte bis zum 15. des Monats wird dem Antragsteller/der Antragstellerin der Eigenbeteiligungsbetrag für den betreffenden Monat und der ggf. folgenden Monate bis zum Gültigkeitsende der Fahrkarte erstattet. Bei Rückgabe ab dem 16. des Monats wird der volle Eigenbeteiligungsbetrag für den betreffenden Monat berechnet. Eine Erstattung der Eigenbeteiligung erfolgt für die ggf. folgenden Monate bis zum Gültigkeitsende der Fahrkarte.

Absatz 6 wird zu Absatz 5

Absatz 7 wird zu Absatz 6

Absatz 8 wird in seiner bisherigen Fassung gestrichen.

Absatz 9 wird zu Absatz 7

VII.

§ 10 Datenverarbeitung

- (1) Die in § 114 Abs. 1 SchulG bezeichneten Schulträger im Kreis sind berechtigt, folgende personenbezogene Daten der zu befördernden Schülerinnen und Schüler zu erheben und zu speichern:
 - a) Name und Vorname,
 - b) Anschrift,
 - c) Einstiegshaltestelle,
 - d) Tarifzone,
 - d) besuchte Schule und Klassenstufe,
 - e) Zu- / Abgangsdaten von der Schule.
 - f) Geburtsdatum

- (3) Nach Fortfall der Beförderungspflicht gem. § 114 SchulG dürfen die Daten höchstens zwei Jahre gespeichert bleiben.

VIII.

§ 11 Schlussvorschriften

- (2) Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft..

- (3) Die obigen Eigenbeteiligungssätze finden ab In-Kraft-Treten dieser Satzung Anwendung auf alle neu herausgegebenen Fahrkarten.

Ratzeburg, den 14.06.2007

Kreis Herzogtum Lauenburg
Der Landrat

gez.

Gerd Krämer